

SPÖ will jetzt Arbeitsmarkt für Asylwerber öffnen

Die steirische SPÖ will sich nach der Wahlschlappe vom Oktober ein neues Wählerpotential erschließen, die Zuwanderer. Das vermutet FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek aufgrund der jüngsten SPÖ-Initiative, wonach bereits Asylwerber eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen. **S. 13**



Foto: FPÖ Steiermark

VfGH-Urteil öffnet jetzt „Ehe für alle“

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl: „Das Erbe rot-schwarzer Zeitgeisthörigkeit!“ **S. 2/3**



Österreich und Europa werden moslemischer

Die Folgen der Masseneinwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung – **S. 4/5**

PARLAMENT

Arbeitsmarktparadoxon

Von den 2016 neugeschaffenen Arbeitsplätzen gingen 68 Prozent an Ausländer. Daran wird sich 2017 nichts ändern, vermutet das AMS. Denn der von der rot-schwarzen Koalition beschlossene „Beschäftigungsbonus“ für Österreicher ist EU-widrig. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

„Ablasshandel“

Auf dem EU-Afrika-Gipfel hat die deutsch-französische Achse den EU-Mitgliedsstaaten eine neue Einwanderungswelle beschert. So soll die Union rund 200.000 der in Libyen gestrandeten Afrikaner aufnehmen und die legale Einwanderung erleichtern. **S. 8/9**

WIEN

Arbeitslosenrekord

Wien bricht derzeit als rot-grüne „Insel der Wirtschaftsfeindlichkeit“ alle österreichischen Rekorde in Sachen Arbeitslosigkeit. Und FPÖ-Stadtrat Eduard Schock sieht weit und breit keine Chance auf eine Besserung, da Rot-Grün an seinem Kurs festhält. **S. 11**

MEDIEN

Allzeit Online

Die EU-Kommission will das sogenannte Geoblocking von Online-Inhalten bekämpfen. Damit sollen die Konsumenten im Internet Zugang zu mehr Fernseh- und Radiosendungen aus anderen EU-Ländern und den Heimatsendern im Ausland bekommen. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Der Verfassungsgerichtshof ist auf den linken Zeitgeistzug aufgesprungen und hat die Institution Ehe zertrümmert. Um nichts anderes ging es der Linken, die doch stets der „freien Liebe“ das Wort führte und die Ehe als Hort des Spießbürgertums denunzierte.

Jetzt dürfen Schwule, Lesben und Wie-auch-immer-Orientierte offiziell den Bund fürs Leben schließen.

Identitätslos

Aber ganz geheuer ist ihnen die Sache doch wieder nicht, fordert die Homosexuellenvereinigung doch schon eine Aufweichung des Scheidungsgesetzes. Also was jetzt: Bund fürs Leben oder Bäumchen-wechsel-dich-Spiel?

Eine Diskriminierung Nicht-heterosexueller in der österreichischen Regelung mit der eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle hat übrigens der Europäische Menschenrechtsgerichtshof nicht ausmachen können, wohl aber unsere Verfassungshüter aus dem rot-schwarzen Karrieristenmilieu.

Als echte Rarität erscheint auf den ersten Blick die offene Kritik von Wiens Kardinal Christoph Schönborn am Urteil der Verfassungsrichter. Er hat nur zu spät erkannt, wohin dieser politisch korrekte Narrenumzug hinführt, bei dem er selbst seit langem mitläuft.

Bleibt noch abzuwarten, wann die ersten Pfarrer aus Schönborns verwirrter Gemeinde homosexuellen Paaren die Messe in den Hafen der Ehe einläuten.

Wer jedem Trend hinterherläuft, verliert die eigene Identität. Der katholischen und evangelischen Kirche ist das schon längst passiert. Von der ÖVP ganz zu schweigen, die dieses Aus für die Ehe jubelnd mitverursacht hat.

SPÖ und ÖVP waren Türöffner

Homosexuellen Initiative will noch mehr: Jetzt soll auch das Scheidungs-

Die FPÖ hatte 2009 die rot-schwarze Koalition beim Beschluss der eingetragenen Partnerschaft für homosexuelle Paare vor dieser Entwicklung gewarnt, die der Verfassungsgerichtshof jetzt statuiert hat – obwohl der Europäische Menschenrechtsgerichtshof gar keine Diskriminierung Homosexueller in der Causa erkannt hatte.

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat mit seinem Erkenntnis vom vergangenen Dienstag die „Ehe für alle“, also auch für homosexuelle Paare, freigegeben. Der Gerichtshof begründete diesen Schritt mit dem „Diskriminierungsverbot des Gleichheitsgrundsatzes“. Die Öffnung tritt damit mit 1. Jänner 2019 in Kraft. Gleichzeitig steht dann die eingetragene Partnerschaft, die bisher nur gleichgeschlechtlichen Paaren möglich war, auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen – sollte der Gesetzgeber bis dahin nichts anderes beschließen.

Kritik von der Kirche

Deutliche Kritik an der Entscheidung des Verfassungsgerichts kam von FPÖ und überraschenderweise vom sonst so politisch-korrekten Wiener Kardinal Christoph Schönborn. „Es ist beunruhigend, dass sogar die Verfassungsrichter den Blick verloren haben für die besondere Natur der Ehe als Verbindung von Mann und Frau“, betonte Schönborn.

Denn die Ehe sei wie keine andere Beziehung geeignet, Kinder hervorzubringen, zu hüten und aufzuziehen und damit die Generationenfolge zu sichern. „Wenn der VfGH die Einzigartigkeit und da-

mit die juristische Sonderstellung der Ehe verneint, die auf der Unterschiedlichkeit der Geschlechter aufbaut, verneint er die Wirklichkeit“, kritisierte der Kardinal und tadelte die Verfassungsrichter, dass sie damit nicht nur der Gesellschaft geschadet hätten, sondern auch denen, „die es auch zu schützen gilt“, nämlich die aus einer Ehe hervorgegangenen Kinder.

Und an diesem Schutz stößt sich sogar die Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien, die eine Lockerung der „strengen Scheidungsbestimmungen“ des Eherechts einfordert. Denn dieses verströme noch immer den „Geist des Patriarchats“.

Verantwortung bei SPÖ und ÖVP

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl warf SPÖ und ÖVP die Urheberschaft zur Abschaffung der Ehe als gesellschaftliche Stützfunktion vor: „Jetzt ist genau das eingetreten, wovor wir bereits 2009 bei Beschluss der eingetragenen Partnerschaft gewarnt haben: Dieses Instrument wird der Türöffner in Richtung einer Entwicklung sein, an deren Ende die sogenannte Ehe für alle, vulgo ‚Homo-Ehe‘, steht.“

Die politische Verantwortung dafür würden all jene tragen, die 2009 mit salbungsvollen Worten



Die ÖVP ließ sich 2009 von Rot und Grün überzeugen, dass die eingetragene Partnerschaft öffnet man dem Verfassungs-

darauf hingewiesen hätten, dass die eingetragene Partnerschaft keine weiteren Konsequenzen in Richtung Gleichstellung nach sich ziehen würde. Nach außen hin hätten insbesondere „vorgebliche Konservative“ die Verteidiger der Ehe zwischen Mann und Frau gespielt, während sie in Wahrheit dem VfGH die Möglichkeit zur Gleichstellung gegeben hätten.

„Jetzt so zu tun, als wäre der VfGH verantwortlich, entspricht nicht der Wahrheit, es sind vielmehr SPÖ und ÖVP in ihrem Wunsch, besonders modern und fortschritt-



SPITZE FEDER Die neue Asylpolitik der EU.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckergesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

er für „Homo-Ehe“

recht vom „Geist des Patriarchats“ befreit werden



rün auf's Glatteis führen: Mit dem Beschluss der eingetragenen Partner-
gericht jetzt die Möglichkeit, grünes Licht für die „Homo-Ehe“ zu geben.

lich wirken zu wollen, ohne dabei von wesentlichen Unterschieden der Ehe zwischen Mann und Frau und gleichgeschlechtlichen Verbindungen zu abstrahieren“, betonte Kickl.

VfGH sensibler als EMRG

Der besondere Schutz der Ehe von Mann und Frau verdanke sich der Tatsache, dass einerseits nur in dieser Verbindung neues Leben entstehen könne und andererseits die darin zum Ausdruck gebrachte Verantwortung füreinander und für die Kinder, betonte Kickl zur

besonderen Funktion der Ehe: „So komplex ist es nun einmal, ob einem das ideologisch passt, oder nicht.“

Dabei zeigte sich der VfGH empfindlicher gegenüber der angeblichen Diskriminierung Homosexueller als der Europäische Menschenrechtsgerichtshof. Dieser hatte im Oktober entschieden, dass die eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle keine Diskriminierung homosexueller Paare darstelle. Der Gerichtshof sah keine „substantziellen Unterschiede“ zwischen den beiden Institutionen.

KURZ UND BÜNDIG



Vergleich abgeschlossen

Die FPÖ und der Verfassungsrichter Johannes Schnizer haben ihren Rechtsstreit rund um die Bundespräsidentenwahl 2016 beigelegt. Parteichef HC Strache, der damalige FPÖ-Kandidat Norbert Hofer und Schnizer schlossen vergangene Woche am Handelsgericht Wien einen Vergleich. Schnizer erklärt demnach, nie behauptet zu haben, dass die FPÖ, HC Strache oder Norbert Hofer vorab über die konkreten Mängel bei der Briefwahl zur Bundespräsidentenstichwahl Bescheid gewusst hätten.

Neue RFS-Spitze in Wien

Die Studentenfraktion „Ring freierheitlicher Studenten“, die bei der letzten Wahl im Mai 2017 das beste Ergebnis an der Uni Wien der letzten 15 Jahre erzielt hat, hat nun in der Bundeshauptstadt Wien eine neue Spitze: Bei der Landesvorstandssitzung wurde Gernot Schmidt zum neuen Obmann gewählt, Patrik Ebetshuber und Christopher Mengersen zu seinen Stellvertretern. Zur Bildungsreferentin wurde Teresa Schröder gewählt, die sich vor allem um die studentischen Fragen der Studenten kümmern wird.



Weg in die Schuldenunion

„Die EU-Kommission will anscheinend die EU endgültig in eine Schuldenunion verwandeln“, erklärte Harald Vilimsky (Bild), FPÖ-Delegationsleiter im EU-Parlament. Hintergrund sind Medienberichte, denen zufolge die EU-Kommission die sogenannten Stabilitätskriterien aufweichen will. Von den Vorstellungen des EU-Kommissionchefs Jean-Claude Juncker zu einer Reform der Eurozone hält Vilimsky wenig: „Glaubt man den Berichten, dann soll die Defizitquote von drei Prozent nur noch für die Eurozone insgesamt gelten, eine Belohnung der Defizitsünder – und der Weg in die Schuldenunion.“

AUFSTEIGER 📈



FPÖ-Bundesparteiobmann **HC Strache**, der schon bei der Einführung „Eingetragene Partnerschaft“ durch die rot-schwarze Koalition warnte, dass dies nur der Türöffner für die „Homo-Ehe“ sein werde.

ABSTEIGER 📉



Wiens Kardinal **Christoph Schönborn**, der bisher anscheinend ahnungslos auf den politisch korrekten Zeitgeist gesetzt hat, und jetzt erst bemerkt, was diese links-grüne Bewegung eigentlich wirklich im Schilde führt.



BILD DER WOCHE Wiener Christkindlmarkt-Poller ganz im Stil der „Willkommenspolitik“ der rot-grünen Stadtregierung.

Integration ist in erster Linie eine Bringschuld

Im NFZ-Interview erläutert FPÖ-Sicherheitssprecher Walter Rosenkranz die bisher mit der ÖVP koordinierten Maßnahmen zur Einwanderung und Integration: „Wer sich nicht zu unseren demokratischen Werten bekennt, der hat in Österreich nichts verloren.“

Nach dem Österreichischen Integrationsfonds hat jetzt das PEW-Institut alarmierende Zahlen zur Einwanderung von Moslems veröffentlicht und der kritischen Haltung der Österreicher dazu. Welche Schlüsse zieht die FPÖ aus den beiden Studien?

Rosenkranz: Dazu haben wir Freiheitliche eine klare Position, die auch von der ÖVP übernommen wurde: Begrenzung der Einwanderung und die Bringschuld der Einwanderer zur Integration. So wurde in den Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP außer Streit gestellt, jegliche illegale Migration zu beenden sowie effizientere Asylverfahren, verkürzte Beschwerdefristen und consequente Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten anzustreben. Wobei letztere Maßnahme dazu dienen soll, die Belastung Österreichs durch die Masseneinwanderung seit 2015 zu lindern und die anderen, um für die Zukunft derartiges zu vermeiden.

Heißt das auch, dass das Schengen-Abkommen rigoros umgesetzt wird?

Rosenkranz: Diese vielkritisierete Haltung der FPÖ im Jahr 2015 hat der Europäische Gerichtshof erst heuer voll inhaltlich bestätigt: Ein Asylantrag ist in dem EU-Land zu stellen, das der Flüchtling als Erstes betritt. Das Asyl-Shopping, also wo sich der Asylwerber sein Asylland aussuchen kann, werden wir damit abstellen.

Die Kritik der Bürger an der Politik äußert sich auch in der geäußerten Wahrnehmung der vermehrten Bildung von Parallelgesellschaften in Österreich.

Rosenkranz: Diese Problematik zeigen wir Freiheitlichen seit Jahren auf und haben dazu Korrekturen

bei der Asyl- und bei der Integrationspolitik gefordert. Asyl bedeutet für uns Schutz auf Zeit. Daher werden wir darauf schauen, dass periodisch eine Überprüfung der Asylgründe erfolgt und bei Entfall dieser die Asylanten in ihre Heimat zurückzukehren haben. Eine Rückführung muss auch dann erfolgen, wenn keine aktive Integration von Seiten des Migranten erfolgt oder diese abgelehnt wird. Wer sich aus vorgeblich religiösen Gründen

nicht zu unseren demokratischen und gesellschaftlichen Werten bekennt, der hat in Österreich

nichts verloren.

Gibt es dazu auch Änderungen in der Sicherheitspolitik aufgrund der islamistischen Gefahrenlage?

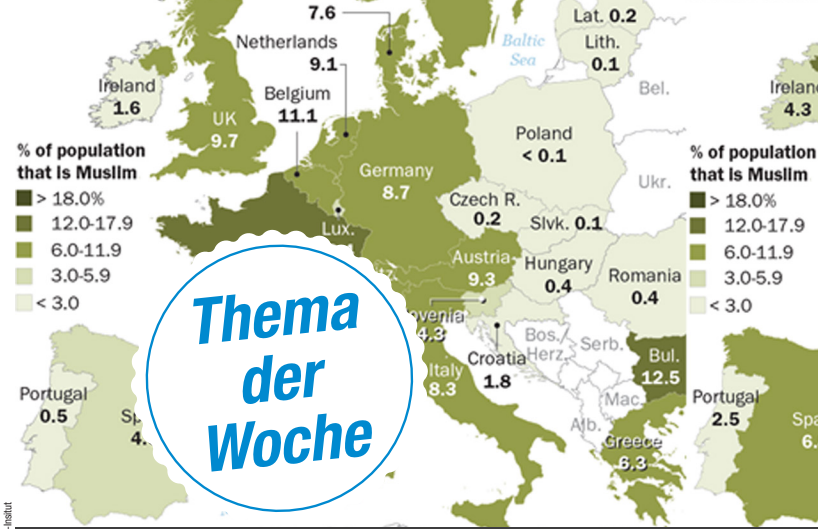
Rosenkranz: Bei rechtskräftig verurteilten Ausländern soll es keine Aufenthaltsverfestigung mehr geben, also Abschiebung nach dem Abbüßen der Haftstrafe. Zusätzlich wurden beim Sicherheitspaket Instrumente gegen sogenannte „Gefährder“ sichergestellt und strengere Strafen für „islamistische Hetze“. Ich bin der Überzeugung, dass wir mit diesen Maßnahmen wieder mehr Sicherheit für die Bürger schaffen und die Österreicher das auch in ihrer subjektiven Wahrnehmung erkennen werden.

„Wir wollen jegliche illegale Einwanderung stoppen.“



Muslims in the EU, Norway and Switzerland in 2050: zero migration scenario

Projected % of Muslims among total population in each country



Europas Islamisierung über die „Asylpolitik“: Es liegt an der Politik, zu ent

Der Weg zur Unter

Der Anteil der moslemischen Bevölkerung könnte

Mit der Masseneinwanderung der letzten Jahre hat sich der Anteil der moslemischen Bevölkerung in den bevorzugten Asylländern Europas wie Österreich, Deutschland oder Schweden dramatisch erhöht. Eine neue Studie prognostiziert eine weitere verstärkte Zunahme selbst bei einer Begrenzung der Einwanderungsmöglichkeiten.

Die Stimmung der Österreicher zum Zusammenleben mit den Einwanderern hat sich verschlechtert. Besonders kritisch wird das Verhältnis zwischen Moslems und Nicht-Moslems gesehen. Das hat die Befragung des Meinungsforschers Peter Hajek im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) ergeben. Drei Viertel der Befragten sehen bereits die Existenz von moslemischen Parallelgesellschaften als gegeben an.

20 Prozent Moslems

Und das dürfte erst der Anfang der Islamisierung Österreichs und Europas sein, wie eine aktuelle Studie des US-Meinungsforschungsinstituts „PEW Research Center“ mit Hochrechnungen für die Entwicklung des Anteils von Moslems an der Bevölkerung in Europa und Österreich prognostiziert.

Die PEW-Studie sieht – je nach Szenario – eine mögliche Steigerung des Bevölkerungsanteils von Mohammedanern in Österreich auf

neun bis knapp 20 Prozent bis 2050. Sie ist damit kaum positiver als die vom ÖIF in Kooperation mit dem Vienna Institute of Demography (VID) erstellte Studie. Diese prognostizierte in vier Szenarien eine Steigerung auf 14 bis 21 Prozent.

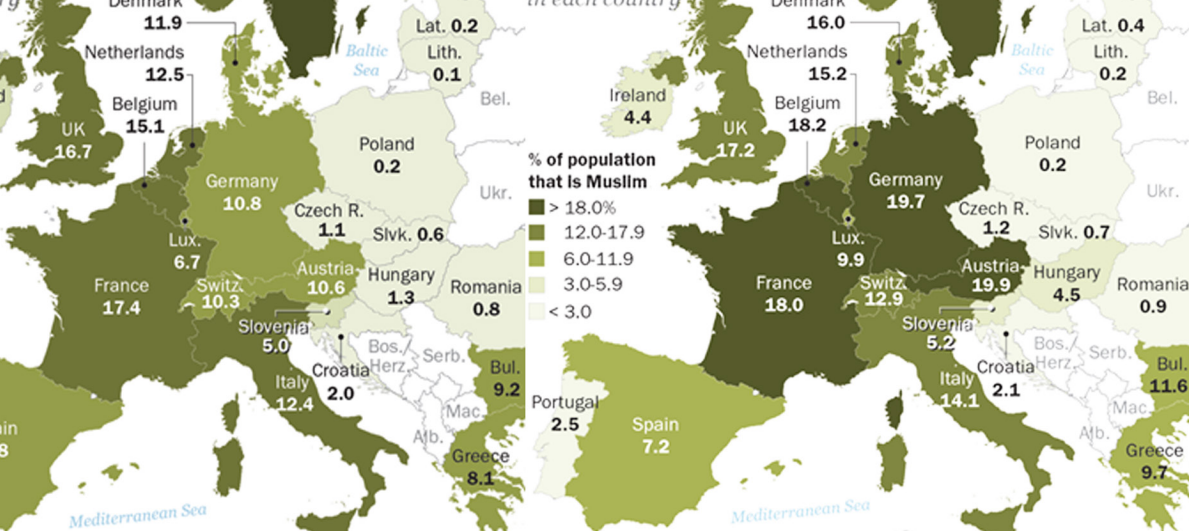
Länder, die in den letzten Jahren relativ viele moslemische Asylwerber aufgenommen haben, werden laut der PEW-Studie voraussichtlich die größten Veränderungen erleben. Deutschland, Österreich und die skandinavischen Länder werden Frankreich und Großbritannien als derzeitige Spitzenreiter betreffend des Anteils der Moslems an der Gesamtbevölkerung ablösen. Denn die Einwanderung über das Asylrecht wird von den Moslems weiter stark genutzt werden, da sie regulär kaum Chance auf einen Aufenthaltstitel in diesen Ländern bekämen.

Kulturferne Einwanderer

Für Österreich würde das bedeuten, dass die Zahl der derzeit rund 700.000 Moslems bis 2050 auf

the EU, Norway and Switzerland in 2050: high migration scenario

of Muslims
population



tscheiden, welches Szenario Realität wird – und welches die Bürger Europas überhaupt wollen.

werfung unter den Islam

in Österreich in den nächsten 30 Jahren auf rund 20 Prozent ansteigen

mehr als zwei Millionen und damit fast 20 Prozent der Bevölkerung anwachsen könnte. Aber nicht mit Moslems mit wie bisher mehrheitlich türkischem und bosnischem Migrationshintergrund, sondern aus kulturfernen Ländern mit streng islamischer Lebensweise wie Tschetschenien, Afghanistan, Syrien, Marokko oder Pakistan.

Demographische Bombe

Neben der anhaltenden Migration über das Asylrecht und durch reguläre Einwanderung gibt es der Studie zufolge zwei Gründe für den Anstieg der moslemischen

Bevölkerung in Europa. Erstens sind Moslems meist jünger. Rund 50 Prozent der Moslems in Europa sind unter 30 Jahre alt, während es bei den Europäern nur noch 32 Prozent sind. Besonders hervorstechend der Anteil der Moslems unter 15 Jahren: Der ist mit 27 Prozent fast doppelt so hoch wie der Anteil der nicht-moslemischen Kinder (15 Prozent).

Zweitens bekommen Moslem-Frauen mehr Kinder. Das PEW-Institut schätzt, dass die Geburtenrate von Mosleminnen zwischen 2015 und 2020 bei 1,9 Kindern liegt, während Europäerinnen

nur noch 1,4 Kinder bekommen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Geburtenrate von Mosleminnen in den strengislamischen Parallelgesellschaften bedeutend höher liegt, nämlich bei 2,9 bis 3,1 Kindern.

Politik muss handeln

Die türkisch-stämmige Soziologin Necla Kelek warnt deshalb die deutsche Regierung, den Familiennachzug für Einwanderer über das Asylrecht wieder zuzulassen: „Der Familiennachzug fördert gerade Parallelgesellschaften und sendet zudem das falsche Signal an Menschen in ihren Heimatländern: Niemand braucht sich mehr anzupassen, man kann unter sich bleiben und Traditionen wie die Kinderehe, Frauenunterdrückung oder Gebärzwang weiterleben.“

Daher sollten Europas Politiker auch den Rat von Conrad Hackett, Mitautor der PEW-Studie, ernst nehmen: „Die Szenarien der Studie können politischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit helfen, um ein besseres Gespür dafür zu entwickeln, wie restriktive Migrationspolitik die moslemische Bevölkerung in Europa beeinflussen würde.“



POLITIK
ANALYSIERT

HC Strache

FPÖ-Bundesparteiobermann

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Zählte man 1973 erst 30.000 Moslems in Österreich, so sind es derzeit rund 700.000. Und nach aktuellen Studien des Integrationsfonds und des PEW-Instituts wird sich deren Zahl in den kommenden dreißig Jahren verdoppeln, wenn nicht gar verdreifachen.

Islamismus verhindern

Die Angst der Österreicher ist verständlich, ziehen sich immer mehr eingewanderte Moslems in ihre religiös bestimmten Parallelgesellschaften zurück und machen Islamisten Europa zum Schlachtfeld ihres „Dschihads“. Insbesondere in den Ländern, in denen der moslemische Bevölkerungsanteil so groß ist wie er demnächst auch bei uns sein wird.

Die Situation – und nicht nur das subjektive Sicherheitsempfinden der Österreicher – hat sich seit der Masseneinwanderung junger Moslems seit 2015 dramatisch verschärft.

Der Islam als religiöses Bekenntnis gehört den Menschen, das garantiert die Glaubensfreiheit in unserem Land. Aber der Islam als gesellschaftliches Leitbild, der alle unsere demokratischen und gesellschaftlichen Errungenschaften ablehnt, gehört nicht zu Österreich.

Diesen politisch instrumentalisierten Islam lehnen wir ab. Das müssen auch anerkannte moslemische Asylanten und Einwanderer anerkennen. Sonst ist für sie kein Platz in Österreich.

Wir müssen den Islamismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Auch mit einem Islam-Gesetz, das eine Radikalisierung der hier lebenden Moslems durch islamistische Regimes im Ausland verhindert.



Auch in Österreich entstehen immer mehr muslimische Parallelwelten.



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Die Einführung der direkten Demokratie spielt eine wichtige Rolle bei der Reform unseres Staatswesens und wird in der Öffentlichkeit intensiv debattiert. Verantwortlich dafür ist der Freiheitliche Parlamentsklub, der 2009 dieses Thema auf die Agenda gesetzt hat.

Minuswahlrecht?

Nunmehr gibt es einen neuen Vorschlag zur weiteren Dynamisierung des politischen Lebens in Österreich. Der kommt von der Liste Pilz: Die Wähler sollen nicht nur eine Partei wählen, sondern auch eine Minusstimme vergeben dürfen.

Originell ist die Idee allemal. Man stelle sich vor, man könne nicht nur eine Partei wählen, sondern auch eine andere abwählen! Da fiel einem die Auswahl gar nicht so leicht!

Denkt man den Vorschlag zu Ende, könnte es zu einer radikalen Verkleinerung des Parlamentes kommen. Etwa wenn sich zum Beispiel ÖVP und SPÖ gegenseitig aus dem Parlament wählen, wie das bei der Liste Pilz und den Grünen schon stattgefunden hat.

Der Vorschlag erinnert ein wenig an jene Idee, wonach die stärkste Partei so viele Zusatzmandate erhalten sollte, dass sie mit absoluter Mehrheit regieren könne. Auch diese Skurrilität hat die FPÖ entschieden abgelehnt. Woher sollte die demokratische Bedeckung dieser Mandate kommen?

Fazit: Mit ihrem Modell der direkten Demokratie hat sich die FPÖ ein seriöses Alleinstellungsmerkmal erarbeitet und zwar auf der Basis des geltenden Verhältniswahlrechtes, jenseits von Mehrheits- oder Minuswahlrechtsphantasien.

PARLAMENTSTRADITION

Christbaum für das Parlament

Auch im Ausweichquartier in der Hofburg setzt das Parlament seine Tradition fort. Am Freitag vor dem ersten Adventsonntag wurde dem Hohen Haus von der Stadt Feldkirch feierlich ein Christbaum übergeben. Gemeinsam mit Chorkindern schmückten Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger, die 2. Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Edgar Mayer die Tanne mit handgefertigtem Schmuck aus den Werkstätten der Diakonie Österreich.



Foto: Parlamentarischer Klub / Johannes Zimmer

FINANZPOLITIK

Budget-Provisorium

Weil für 2018 aufgrund der Neuwahlen noch kein Budget erstellt ist, tritt das automatische Budgetprovisorium in Kraft. Demnach gelten die Bestimmungen des letzten Bundesfinanzgesetzes. Finanzschulden dürfen jedoch nur bis zur Hälfte der vorgesehenen Höchstbeträge aufgenommen werden.

Österreichs Arbeitsmarkt ist Magnet für Ausländer

68 Prozent aller neuen Arbeitsplätze gehen an Ausländer

Der im Juli eingeführten „Beschäftigungsbonus“ für neue Inländerarbeitsplätze droht an EU-Gesetzen zu scheitern. Derzeit füllt sich der Arbeitsmarkt mit immer mehr Ausländern.

Der im Juli von SPÖ und ÖVP eingeführte „Beschäftigungsbonus“ für neu geschaffene Jobs, die an Inländer oder bereits im Inland befindliche EU-Ausländer vergeben werden, wollte die rot-schwarze Koalition die Rekordarbeitslosigkeit eindämmen.

„Billigere“ Ausländer

Abgesehen davon, dass die Maßnahme EU-Gesetzen widerspricht, würde sie auch am Arbeitsmarkt nichts ändern. Sowohl heuer als auch nächstes Jahr werden mehr



Foto: NZZ

68 Prozent der neuen Arbeitsplätze 2016 gingen an Ausländer.

als zwei Drittel aller neuen Jobs mit „billigeren neuen“ Ausländern besetzt werden, geht aus einer Prognose der Synthesis-Forschung im Auftrag des Arbeitsmarktservice

hervor. Demnach entfallen bereits heuer 68 Prozent des Beschäftigungszuwachses auf ausländische Arbeitskräfte, im nächsten Jahr wird mit 71 Prozent gerechnet.

Eckpunkte im Umweltbereich abgeklärt

ÖVP und FPÖ haben sich am vergangenen Freitag auf Eckpunkte im Bereich Umwelt geeinigt. Ziel sei es dabei, die Vorreiterrolle



Foto: NZZ

Österreichs bei Umwelttechnologien auszubauen, erklärten ÖVP-Nationalratspräsidentin Elisabeth Köstinger und der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer (Bild) nach der Sitzung der Steuerungsgruppe. Diskutiert werden auch Änderungen bei den Kompetenzen in diesem Bereich.

Die Bereiche Umwelt und Klima seien derzeit auf mehrere Ressorts aufgeteilt, kritisierte Hofer die Zuständigkeitssituation. Diese Problematik werde am Schluss der Verhandlungen über das Bundesministeriengesetz besprochen, und da werde auch diskutiert, wie man

das „effizienter“ gestalten kann. In Abstimmung mit den Gebietskörperschaften soll weiters ein Raumordnungskonzept erarbeitet werden. Der Flächenverbau sei in Hinblick auf Schutzmaßnahmen gegen Naturkatastrophen wie etwa Hochwasser ein großes Thema. Die Kompetenz bei der Widmung soll aber weiterhin auf Gemeinde-Ebene bleiben.

Was den Klimaschutz anbelangt, soll es bei den Treibhausgasemissionen bis 2020 ein Minus von 16 Prozent und bis 2030 ein Minus von 36 Prozent gegenüber dem Stand von 2005 geben.

Mut zu Südtirol bei VP erst in der Pension?

Nur Altmandatare der Volkspartei bekennen sich zur Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler

Der Aufforderung von 19 aktiven und vielen ehemaligen Südtiroler Landtagsabgeordneten an Österreich, das Thema voranzutreiben, begegnen aktive Politiker der Volkspartei nördlich wie südlich des Brenners mit Ablehnung. Ihre Vorgänger sehen das anders.

Seit Jahren tritt die FPÖ für die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler ein. Dies könnte durch eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im Parlament verwirklicht werden.

Auftrieb erhielt diese FPÖ-Forderung durch einen offenen Brief, in dem 19 der 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten sowie eine Reihe ehemaliger SVP-Granden, allen voran Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder, von der neuen österreichischen Regierung eine Umsetzung dieses Vorhabens einmahnten.

Als das nun in Südtirol erörtert wurde, haben der SVP-Landeshauptmann Arno Kompatscher und der Obmann der Südtiroler Volkspartei, Philipp Achammer,

das glattweg abgelehnt. In der SVP gingen daraufhin die Wogen hoch. Am 22. November berichteten die „Dolomiten“, dass die SVP „das Bild eines aufgeschreckten Hühnerhaufens“ abgebe.

Mutige Tiroler Altpolitiker

Der langjährige SVP-Obmann Siegfried Brugger wies Kompatschers Zögern aus taktischen Überlegungen gegenüber Italien zurück: „Wir Südtiroler haben genügend Augenmaß, um zu wissen, welche Anträge wir Österreich gegenüberstellen.“ Er verwies darauf, dass Italien 2006 großzügigst sehr vielen Auslands-Italienern das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt habe. Dies sei durchaus mit der Situation Südtirols vergleich-



Foto: Facebook/HC Strache

Südtirols Altlandeshauptmann Luis Durnwalder (6.v.r.) ist mit der FPÖ in Sachen Doppelstaatsbürgerschaft einer Meinung.

bar. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre eine Frage der Gegenseitigkeit.

Während sich Tirols Landeshauptmann Günter Platter bedeckt dazu hält, verteidigte sein Vorgän-

ger, Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner, den Vorstoß der Südtiroler: „Nachdem Italien seinen Bürgern diese doppelte Staatsbürgerschaft gibt, kann es nicht sein, dass Italien bei den Südtirolern was dagegen hat.“

Infrastrukturprojekte schneller umsetzen

ÖVP und FPÖ haben am Donnerstag einen Ausblick auf ihre Vorhaben im Bereich Verkehr und Infrastruktur geliefert. Präsentiert wurde eine Reihe von Ankündigungen, von schnelleren Genehmigungsverfahren bis zur Förderung von Elektroautos.

Norbert Hofer und ÖVP-Verhandler Gernot Blümel kündigten eine „Beschleunigung von Prüfverfahren bei Infrastrukturprojekten“ an. Man müsse vorrangige öffentliche Interessen festschreiben, um Projekte wie die Dritte Startbahn am Flughafen Wien oder den Wiener Lobau-Tunnel rascher umsetzen zu können. Denn hier gehe es auch um Arbeitsplätze in Österreich.

Beim öffentlichen Verkehr bekennen sich ÖVP und FPÖ sowohl zum Ausbau im städtischen Bereich als auch zum Erhalt der Nebenbahnen. Hier erwartete sich Hofer aber eine Co-Finanzierung der Bundesländer, mit denen auch ein einheitlicher Rahmenplan für strategische Infrastruktur ausgehandelt



Foto: Shell

Kein Dieserverbot in Sicht.

werden soll. Man habe aber auch ein Bekenntnis zum Individualverkehr abgegeben, betonte der Dritte Nationalratspräsident: „Es wird von dieser Bundesregierung keine Schikanen gegen Autofahrer geben, da der Individualverkehr vor allem im ländlichen Raum von lebenswichtiger Bedeutung ist.“

Ausgebaut werden soll auch die Ladeinfrastruktur für Elektroautos, und zwar unter Beteiligung von Privatunternehmen. Im Gegensatz zu anderen Regierungen in der EU dächten FPÖ und ÖVP derzeit nicht daran, Fristen für den Verkauf von Diesel- oder Benzinkraftfahrzeugen zu setzen.

Freie Entscheidung der Wirte zu Rauchverbot



Foto: NZF

Eine Gruppe von Wiener Gastronomen hat bei einer Veranstaltung in einem Wiener Weinlokal letzte Woche das Ende des ab Mai 2018 geplanten Rauchverbots gefordert. Prominente Unterstützung bekamen sie von FPÖ-Obmann HC Strache.

Die Wirte, angeführt von Lokalbetreiber Heinz Pollischansky (Bildmitte), fordern, „unbedingt selber entscheiden“ zu können, ob in ihren Etablissements geraucht werden darf. Durch die Anbringung eines Schilds am

Eingang sei „die gesamte Gesundheitsdebatte einfach weg“, weil es somit die freie Entscheidung der Konsumenten sei.

HC Strache bezeichnete das Rauchverbot als „unseligen Gesetzesbeschluss“, die aktuelle Regelung sei „gut und ausreichend“. Er sei „gegen staatlichen Zwang, der von oben verordnet wird“ und warnte: „Wo hört's denn auf? Als nächstes kommt der Staat her und sagt: Der Schweinsbraten ist ungesund, den dürft's net essen.“



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Afrika, der verlorene Kontinent

Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis 2050 verdoppeln – auf dann 2,5 Milliarden Menschen. Die Geburtenrate auf dem Kontinent ist noch immer die höchste der Welt. Jede afrikanische Frau bekommt statistisch gesehen 4,5 Kinder. Weltweit sind es im Schnitt nur 2,5 Kinder. Angesichts dieser Zahlen ist klar: Der Migrationsdruck Richtung Europa wird nicht nur anhalten, sondern weiter ansteigen.

Dass Afrika auch Jahrzehnte nach der Entkolonialisierung nicht so richtig auf die Beine

kommen will, ist vor allem hausgemacht: Bevölkerungswachstum, Korruption, diktatorische Regime, eine dominierende Rolle der Religion in vielen Staaten, Kriminalität, Kriege und Bürgerkriege. Während in Asien große Fortschritte erzielt wurden, wandelte sich Afrika zum „verlorenen Kontinent“.

Vor diesem Hintergrund versickert seit Jahrzehnten die Entwicklungshilfe weitgehend wirkungslos. Allein zwischen 2007 und 2013 haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten mehr als 141 Milliarden Euro nach Afrika geschickt. Geändert hat das kaum etwas. Beim Human Development Index belegen gleich 19 afrikanische Staaten die letzten Plätze.

Am Rande des EU-Afrika-Gipfels hieß es, die derzeit bis zu einer Million Migranten in Libyen seien zu 80 Prozent Wirtschaftsflüchtlinge. Europa muss klar machen: Wir helfen gern, wo wir können, an Ort und Stelle. Aber wir können nicht Millionen aufnehmen.

Größter anzunehmender „Öko“-Unsinn in Australien

Der Elektroautohersteller Tesla hat den australischen Bundesstaat South Australia mit der weltweit größten Lithium-Ionen-Batterie beglückt. Die Batterie hat eine Gesamtleistung von 129 Megawatt und ist an einen Windpark angeschlossen. Im Falle eines Stromausfalls lassen sich so 30.000 Haushalte bis zu einer Stunde mit Strom versorgen.

Im September vergangenen Jahres war nach einem Unwetter der Strom in dem australischen Bundesstaat ausgefallen. Der gesamte Landesteil mit 1,7 Millionen Einwohnern war tagelang vom nationalen Netz abgeschnitten. Australiens Regierungschef Malcolm Turnbull hatte die Energiepolitik des Bundesstaats mit seinem Fokus auf erneuerbare Energien für den Blackout verantwortlich gemacht.

Tesla-Gründer Elon Musk hat sich nach dem verheerenden Stromausfall diesen Werbegag 50 Millionen US-Dollar kosten lassen. Aber South Australia vertraut

jetzt nicht mehr blind der Ökoenergie-Lobby. So soll jetzt ein modernes Gaskraftwerk gebaut werden mit einer Produktionsleistung von 250 Megawatt.

Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 360 Millionen US-Dollar. Eine absolut günstige Investition im Vergleich zu Teslas Riesenspeicher: Denn damit kann die doppelte Anzahl von Haushalten mit Strom versorgt werden und das durchgehend alle 8.760 Stunden eines Jahres.



Werbegag statt Energiesicherheit.

EU will afrikanisch die Einreise nach E

Brüssel will Großteil der in Libyen gestrandeten A



Wenn es nach der EU geht, wird die „Seerettung“ von afrikanischen Einwanderern, die in Libyen gestrandeten Afrikaner nach Europa oder – mit einer großzügigen

Der letztwöchige EU-Afrika-Gipfel verdeutlichte die Meinungsdivergenzen zum Thema Migration und endete erneut einem Kniefall der Europäer. Laut dem deutsch-französischen Vorschlag sollen nicht nur verstärkt Asylsuchende, sondern auch Wirtschaftsflüchtlinge nach Europa kommen dürfen, finanziert von Europas Steuerzahlern.

Auf dem EU-Afrika-Gipfel in Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, berieten die Mitglieder der Europäischen (EU) und der Afrikanischen Union (AU) offiziell über „Investitionen in die Jugend für eine nachhaltige Zukunft“. Das wahre Thema war aber der Stopp des anhaltenden Massenexodus aus den Schwarzafrikanischen Ländern in Richtung Europa.

Fragwürdiger „Ablasshandel“

Unter dem Eindruck der Berichte über den Sklavenhandel mit den nach Europa strebenden afrikanischen Auswanderern in Libyen – für den die Afrikaner natürlich den Europäern die Schuld gaben – entwickelte sich das Treffen zu einem „Ablasshandel“ für die Europäer.

Tonangebend dabei die neue Achse Berlin-Paris. So haben die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der französische Staatschef Emmanuel Macron einem Dutzend afrikanischer Staatschefs ein fragwürdiges Geschäft vorgeschlagen: Die in Libyen gestrandeten Flüchtlinge sollen aufgeteilt werden. Politisch

Verfolgte, das sind nach Schätzungen von EU und UNO rund 20 Prozent, sollen nach Prüfung durch das UN-Flüchtlingshilfswerk zunächst in die Nachbarländer Tschad und Niger in Sicherheit gebracht werden. Von dort sollen sie in einem zweiten Schritt in aufnahmebereite europäische Länder weiterreisen. Die übrigen 80 Prozent, die als



Angela Merkel nimmt den afrikanischen schweren Versprechen die Verantwort

nen Auswanderern Europa erleichtern Afrikaner per Flugzeug nach Europa bringen



nderern im Mittelmeer bald nicht mehr notwendig sein. Denn Brüssel will
gen Entschädigung – in die Herkunftsländer ausfliegen.

Arbeitsmigranten in den Norden strebten, sollen unter der Verantwortung der Afrikanischen Union, unterstützt durch die Internationale Organisation für Migration (IOM), in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Entschädigung für Rückkehrer

Aber die EU will nicht nur diese Rückflüge finanzieren, sondern den Betroffenen auch noch eine Starthilfe für die Wiedereingliederung in die heimische Gesellschaft auszahlen. Die bizarre Begründung dafür: Das soll den Gesichtverlust

für die gescheiterten Auswanderer in ihrer Heimat und den Familien den Verlust bei der Finanzierung dieses Abenteuers abmildern.

Damit wird aber die EU den Massensexodus aus Afrika – 60 Millionen junge Afrikaner wollen unbedingt nach Europa – weiter befeuern, da die Auswanderungswilligen bei einem Scheitern ab jetzt mit einer großzügigen Entschädigung rechnen können.

Legale Migration ausweiten

Daneben will die EU auch die legalen Einwanderungsmöglichkeiten für Afrikaner ausweiten. Den Vogel abgeschossen hat dabei der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD), der zum Auftakt des Treffens davon sprach, jedes Jahr „mehrere hunderttausend“ junge Afrikaner zur Ausbildung nach Europa zu holen.

Übertroffen wurde diese Absurdität nur noch vom „Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen“ (UNHCR). Das lehnte die geplante Rückführung der Wirtschaftsmigranten in ihre Heimatländer ab: Die EU solle gefälligst dafür sorgen, dass alle in Libyen gestrandeten Afrikaner umgehend nach Europa gebracht werden. Weshalb nicht auch gleich alle auswanderungswilligen Afrikaner?



en Staatschefs mit einem millionen-
ung für die eigenen Bürger ab.

KURZ UND BÜNDIG



Trumps Einreisesperre hält

Seit Ende Jänner bemüht sich Präsident Donald Trump, eine weitgehende Einreisesperre gegen Moslems aus mehreren islamistisch geprägten Ländern zu verhängen, um die Einreise potentieller Terroristen in die USA zu verhindern. Zwei bisher erlassene Verfügungen wurden von diversen Gerichten aufgehoben. Zwei Anträge gegen die nunmehr seit Oktober geltende dritte Version wurden am vergangenen Montag vom Obersten Gericht der USA abgewiesen. Die Einreisesperre richtet sich gegen Bürger von acht Ländern – unter ihnen sechs, die moslemisch geprägt sind: Iran, Syrien, Tschad, Libyen, Somalia und Jemen sowie Nordkorea und Venezuela.

Neuer Chef der Eurogruppe

Der portugiesische Finanzminister Mario Centeno (Bild) ist zum neuen Vorsitzenden der Eurogruppe gewählt worden. Centeno tritt damit ab Mitte Jänner die Nachfolge des Niederländers Jeroen Dijsselbloem an. Um den Posten hatten sich neben Centeno noch die Ressortchefs Pierre Gramegna (Luxemburg), Peter Kazimir (Slowakei) und Dana Reizniece-Ozola (Lettland) beworben. Nachdem die Europäische Volkspartei aus Gründen des Proporz kein eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, fiel die Wahl im dritten Wahlgang auf den Ökonomen Centeno, der Mitglied der Partido Socialista in Portugal ist.



Erdogans gigantische Korruptionsmasche

Im Jahr 2013 gelangten mitgeschnittene Telefongespräche an die Öffentlichkeit, die offenbarten, wie der damalige türkische Regierungschef und nun mehrrige Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan mit seinem Sohn darüber diskutierte, auf welchem Wege sie in Schuhkartons verstaute Millionen wegschaffen könnten.

Diese Affäre schwappt jetzt erneut an die Oberfläche, weil einem der Mittelsmänner der Erdogan'schen Korruptionsmasche, Reza Zarrab, in den USA der Prozess gemacht wird. Zarrab wird beschuldigt, mit von der Erdogan-Partei AKP abgesegneten Gold- und Ölgeschäften die US-Sanktionen gegen den Iran umgangen zu haben.

Die US-Justiz führt zehn Personen als Angeklagte an, darunter den früheren Wirtschaftsminister Mehmet Zafer Caglayan sowie Vertreter der staatlichen Halkbank, über die Zarrab die Geschäfte abgewickelt haben soll. Zarrab steht nicht mehr unter Anklage, da er als

Kronzeuge gegen seine damaligen Partner vor Gericht aussagen will.

Die von der AKP-Regierung kontrollierten Medien kritisieren das Verfahren und streuen Berichte aus, wonach Zarrab zu seiner Aussage gezwungen worden sei und Erdogans Erzfeind, der Prediger Fetullah Gülen, das Gerichtsverfahren angezettelt haben soll. Nur, Pech für Erdogan, denn in den Steuerparadies-Enthüllungen der letzten Jahre waren stets auch prominente AKP-Politiker involviert.



Erdogan: Millionen für AKP.

TERMINE

DEZEMBER
12 Weinverkostung im „Haus der Heimat“


300 Jahre deutsche Weinkultur an der ungarischen Donau – das gelebte Erbe

Die donauschwäbische Kulturstraße und Wein aus der schwäbischen Türkei
Weinpräsentation und Weinverkostung

Sieben deutschstämmige Weinbauern bekennen sich mit der Gründung der Marke „Donauschwäbischer Wein“ zu Werten wie kulturelles Engagement, Transparenz und Qualität. Lassen Sie sich von Matthias Rauscherberger (www.donauschwaebischerwein.com) an diesem Abend mit prämierten Weinen aus Ungarn in der einmaligen Atmosphäre der 300-jährigen Weinkultur an der ungarischen Donau einladen.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Ihre Anmeldung unter 01/7185905 bzw. sekretariat@vloe.at

Dienstag, 12. Dezember 2017, 18 Uhr

Haus der Heimat (Festsaal)

Steingasse 25, 1030 Wien

Eintritt frei!



Voranmeldung: 01/718 59 05 oder per E-Mail an: sekretariat@vloe.at

DEZEMBER
13 Stammtisch der FPÖ Ottakring

Die FPÖ Ottakring lädt am Mittwoch, dem 13. Dezember 2017, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Ottakringer Stub'n“ (Ottakringer Straße 152, 1160 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

DEZEMBER
13 Weihnachtsfeier der FPÖ Rudolfsheim

Die FPÖ Rudolfsheim-Fünfhäus lädt am Mittwoch, dem 13. Dezember 2017, zur Weihnachtsfeier ins Gasthaus „Beim Bierigen“ (1150 Wien, Schweglerstraße 37). Beginn: 19.00 Uhr.

DEZEMBER
19 Weihnachtsfeier der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 19. Dezember 2017, zu ihrer Weihnachtsfeier ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 15.00 Uhr.

JÄNNER
13 Neujahrstreffen der FPÖ 2018


EINLADUNG ZUM TRADITIONELLEN

Neujahrstreffen

MIT HC STRACHE, DEN SPITZEN DER BUNDESPARTEI SOWIE DER LANDESPARTEIEN UND DEM NÖ-SPITZENKANDIDATEN UDO LANDBAUER

Samstag, 13. Jänner 2018

Pyramide Vösendorf > Parkallee 2 > 2334 Vösendorf

LESER AM WORT


Erlaubter Antisemitismus?

In den Medien habe ich nichts darüber gelesen, dass die Kuwait Airways Juden als Fluggäste ablehnt und dass ein deutsches Gericht diesem Antisemitismus zugestimmt hat. Man stelle sich vor, die AUA oder die Lufthansa verbietet Moslems, als Passagiere mitgenommen zu werden. Die Medien würden das wochenlang in den Schlagzeilen haben und weltweiter Protest wäre die Folge. Uns wird vorgeschrieben, was wir denken dürfen oder müssen, aber bei anderen spielt es keine Rolle, wenn sie gegen elementare Gesetze verstoßen. Interessant ist, daß diese Fluglinie New York oder London nicht mehr anfliegen darf.

Stephan Pestitschek, Strasshof



Foto: screenshot ZDF

Burka-Aktivistin hetzt

Wie ist es möglich in Österreich, daß eine Schweizer Konvertitin in einer Wiener Moschee gegen unseren Staat und unsere Gesellschaft hetzen darf, mit folgendem Wort-

laut: „Die Gesetze sind nur für Ungläubige, Muslime müssen sich nicht daran halten!“ Warum wird diese Hetzerin Nora Illy nicht sofort verhaftet, abgeschoben und mit einem Einreiseverbot belegt? Warum hat diese Moslemin Narrenfreiheit? Unsere Gesellschaft sowie die Justiz sind gefordert, gegen solche Personen, die unser Rechtssystem missachten, konsequent und mit aller Härte vorzugehen!

Werner Dworschak, Eisenstadt

Gekünstelte Empörung

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ist sauer auf Landwirtschaftsminister Christian Schmidt, da dieser auf EU-Ebene im Alleingang für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt und somit „angeblich“ gegen die Weisung der Regierung verstoßen hat. Naja, also mir kommt eher vor, dass diese Empörung Merksels „gekünstelt“ ist, da der Glyphosat-Hersteller Monsanto erst kürzlich für 66 Milliarden US-Dollar von der deutschen Bayer AG übernommen wurde – und Glyphosat ein Hauptbestandteil des Jahresumsatzes ausmacht.

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Unbelehrbar

Das erschütterndste an der Realität am Ende des Jahres 2017 ist die traurige Erkenntnis, dass der

Wille zur Lernfähigkeit noch immer nicht in notwendigem Ausmaß vorhanden ist. Angela Merkel ist immer noch da. Emmanuel Macron kommt noch hinzu. Das, was unter der Federführung dieser beiden politischen Akteure beim letzten EU-Afrika-Gipfel entstanden ist, kann man nur als naiven, undurchdachten Schnellschuss und gefährlichen Dilettantismus bezeichnen.

Christian Stafflinger, Linz



Foto: EU

Den Briten folgen

Die EU-Länder, die schon längst die Schnauze voll haben von diesem Brüsseler Sauhaufen sollten gemeinsam beschließen, keinen Cent mehr dorthin zu überweisen und selber bestimmen, was im jeweiligen Land zu geschehen hat! Es kann doch nicht sein, daß eine Handvoll Größenwahnsinniger ganz Europa in Geiselschaft nehmen kann und ins Chaos zu stürzen!

Klaus Gumpoltsberger, Hallein

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
 Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450. Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Konjunkturaufschwung geht an Wien vorbei

Bundeshauptstadt bei Arbeitslosigkeit weit hinter ländlichen Regionen

Wien stellt mit nicht einmal einem Viertel der österreichischen Bevölkerung mehr als ein Drittel der Arbeitslosen, ein Drittel der Jugendarbeitslosen, knapp die Hälfte der Langzeitarbeitslosen und weist mit 12,3 Prozent die höchste Arbeitslosenquote auf.

Keine vorweihnachtliche Frohbotschaft vom Arbeitsmarkt, sondern die gewohnte monatliche Hiobsbotschaft sah der Finanzexperte der FPÖ-Wien, Stadtrat Eduard Schock, in den aktuellen Wiener Arbeitsmarktdaten: „Die Arbeitsmarktdaten entlarven auch im Dezember die rot-grüne Misswirtschaft in Wien. Dass eine Bundeshauptstadt am Arbeitsmarkt ländlichen Regionen derart hinterherhinkt, ist im internationalen Vergleich außergewöhnlich schlecht.“

Signifikant sei auch, dass von bundesweit 4.719 offenen Lehrstellen nur 341 in Wien angeboten



Hauptschuld an der tristen Situation hat die rot-grüne Rathausmehrheit.

werden. „Das ist ein Spiegel der katastrophalen rot-grünen Wirtschaftspolitik in Wien“, betonte Schock.

Schlechte Aussichten

Normalerweise würden Ballungsgebiete in Wirtschaft und Arbeitsmarkt weitaus bessere Daten aufweisen als ländliche Regionen – nur in Wien ist es umgekehrt. Sogar Niederösterreich mit einer ver-

gleichbaren Bevölkerungsanzahl weist wesentlich weniger Arbeitslose aus als die Bundeshauptstadt.

Schock sieht die Entwicklung am Wiener Arbeitsmarkt pessimistisch: „Zu schlechtes Ausbildungsniveau, zu viel Zuzug Arbeitssuchender aus dem Ausland, die viel zu hohe Mindestsicherung und der Regulierungswahnsinn des wirtschaftsfeindlichen rot-grünen Wien geben kaum Hoffnung.“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Unlängst fiel ich in der Thaliastraße durstbedingt in ein Wirtshaus, und dort hing ein Spruchkalender an der Wand.

Bärtig

An und für sich hab ich Sprüche und Zitate nicht so gern, weil sie meistens aus dem Zusammenhang gerissen sind und oft gar nicht so gemeint sind. Aber der, der da grad aktuell hing, war nicht schlecht.

Er geht so: „Regierungen muss man wechseln wie Windeln – und aus denselben Gründen.“

Die Feinheit in diesem Zitat ist Herrn Kern offenbar entweder nicht bewusst oder er will sie nicht wahrhaben. Der Herr Noch-Kanzler hat's windelmäßig immer noch mit Silberstein & Co. Aber nutzen tut's ihm nix, die oben zitierten Gründe werden dadurch im Gegenteil immer mehr. Ein Jammer für den armen Mann.

Apropos Mann: Wir Männer haben ja dieses sekundäre Geschlechtsmerkmal, das man, je nach Geschmack, täglich weg-machen kann, dreitäglich weg-machen kann oder dahinwachsen lassen kann: den Bart.

Und das gefällt mir am Norbert Hofer: Er ließ sich bis heute den Bart wachsen, und wegrasiert wird er erst, wenn bei den Koalitionsverhandlungen alles in Ordnung ist.

Womit ich wieder beim Noch-Kanzler bin. Der wird dann endgültig einen Bart haben, sogar einen mit Dauerwellen.

FPÖ hält christliche Traditionen aufrecht

Für FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus ist die Debatte um den Nikolo unverständlich: „Das ist eine jahrhundertealte christliche Tradition, die in unseren Breiten unter allen Umständen bewahrt werden muss!“

Aus diesem Grund hat der Vizebürgermeister den Nikolo ins Rathaus eingeladen und damit hunderte Kinder Augen zum Leuchten gebracht. „Es freut mich, wenn ich sehe, wie sehr sich die Kleinsten über den Besuch des Nikolos freuen, der für jedes Kind auch das obligatorische Säckchen mit Nüssen, Mandarinen und Schokolade dabei hatte. Dieses Fest gehört zur Weihnachtszeit einfach dazu, darüber

braucht man gar nicht diskutieren“, betonte Gudenus.

Auch wenn es (noch) kein Nikolo-Verbot an Wiener Schulen und Kindergärten gibt, appelliert der FPÖ-Vizebürgermeister an die Direktoren, Lehrer und Schulleiter, jedes Jahr dafür Sorge zu tragen, dass ein Besuch in den Bildungseinrichtungen stattfindet: „Wünschenswert wäre auch, den Kindern die Geschichte des Heiligen Nikolaus zu vermitteln. Schließlich ist der Bischof von Myra im christlichen Glauben einer der bedeutendsten Heiligen, um dessen Person sich zahlreiche Geschichten entwickelt haben. Das darf einfach nicht in Vergessenheit geraten.“



Gudenus: „Die FPÖ steht zu den christlichen Werten Österreichs!“

NIEDERÖSTERREICH

Neue Bundesrätin

„Ich freue mich riesig auf meine neue Aufgabe und werde unsere niederösterreichischen Familien nach bestem Wissen und Gewissen vertreten“, erklärte die freiheitliche Bundesrätin Niederösterreichs in spe, Ina Aigner, bei ihrer Vorstellung durch FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. Die vierzigjährige Mutter ist verheiratet, hat eine Tochter und drei Hunde. Sie kommt aus dem Bezirk Korneuburg und ist freiheitliche Gemeinderätin in Leobendorf. Ihre politische Priorität: „Unseren Kindern eine gesunde Zukunft bieten.“

TIROL

Besuch auf Aiderbichl

Ende November besuchte FPÖ-Bezirksobmann Robert Wurzenrainer mit Seniorering-Obfrau Mathilde Gschnaller und etlichen Mitgliedern das Tiergut Aiderbichl in Henndorf. Wurzenrainer übernahm sogar eine Pferde-Patenschaft: „Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen, eine Patenschaft war daher selbstverständlich.“



R. Wurzenrainer

KÄRNTEN

Falsche Förderung

In den neuen Richtlinien für die Wohnbauförderung wird laut FPÖ verschwiegen, dass tausende Kärntner von jeder Unterstützung ausgeschlossen werden. Schon 2016 konnten die Kärntner mehr als zwölf Millionen Euro an Wohnbau-Förderungen nicht abrufen, weil die Richtlinien zu streng und kompliziert waren. „Aufgrund der neuen Regeln werden Fördergelder für Häuslbauer noch schwerer erreichbar sein“, warnte Kärntens FPÖ-Obmann Gernot Darmann. Bisher stark nachgefragte Förderungen für Fensteraustausch, Dacherneuerung und Wärmepumpe schaffe die rot-grün-schwarze Koalition ab 1. Jänner ab. Auch Öl-Heizungen werden von Förderungen ausgeschlossen. „Diese Förderperre trifft jene, die auf öffentliche Unterstützung besonders angewiesen sind“, befürchtet Darmann.

Oberösterreichs Sozialressort um 1,5 Millionen Euro betrogen

FPÖ wirft SPÖ-Landesrätin „sorglosen Umgang mit Steuergeld“ vor

Weil trotz vieler Hinweise keine Überprüfung der beantragten Gelder durchgeführt wurde, entstand dem Land Oberösterreich ein Millionenschaden.

Eine Ehepaar im Mühlviertel soll über einen Sozialverein jahrelang primitiv gefälschte und überhöhte Rechnungen an das Land Oberösterreich weiterverrechnet haben. Außerdem wurden Förderungen aus dem Sozialressort reduziert oder gar nicht an die Klienten weitergegeben.

Hinweise vernachlässigt

Durch diese Betrugshandlungen entstand ein enormer Schaden von mindestens 1,5 Millionen Euro. Die Staatsanwaltschaft hat nun ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Beschuldigten eingeleitet.

ÖVP und FPÖ werfen der SPÖ „Geheimhaltung“ vor. Immerhin gab es bereits im September einen

OBERÖSTERREICH 

Haimbuchner: „Betrug hätte viel früher aufgedeckt werden können.“

Erstverdacht. Für FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner ist der Fall ein Beweis dafür, dass im SPÖ-geführten Ressort anscheinend die linke Hand nicht wisse, was die rechte tut: „Die vielen Hinweise von unserer Seite,

dass offensichtlich im Sozialressort vieles im Argen liegt, wurden stets abgetan.“ In Haimbuchners Ressort konnten allein durch Abstellen von Missbrauch bei der Wohnbeihilfe zwei Millionen Euro an Steuergeld der gerettet werden.

NIEDERÖSTERREICH

Traditionen bewahren

Traditionelle, christliche und heimische Feste sind massiv in Gefahr, denn diese werden Jahr für Jahr still und heimlich zu Grabe getragen und aus den Kindergärten und Volksschulen verbannt. Dazu zählt auch der traditionelle Besuch des Nikolos. Immer öfter wird die klassische „Nikolofeier“ vom



Traditionen wie den Nikolaus nicht dem „Multikulti“-Wahn opfern.

Lehrplan gestrichen und durch Feste aus anderen Kulturen ersetzt.

Für die FPÖ ist die Verbannung von traditionellen Festen schlichtweg skandalös und untragbar. Sie fordert daher einen Wertekodex für alle Kindergärten und Volksschulen in Niederösterreich, bei dem alle heimische Traditionen, Feste und Gebräuche enthalten sein sollen. Zudem müsse der Wertekodex gesetzlich verankert werden und dient als verpflichtende Maßnahme zur Wertevermittlung.

„Wenn man noch einen Funken Interesse an der eigenen Kultur hat, dann müssen die Landesschwarzen diese Forderungen rasch umsetzen und ihre Islamisierungspolitik über Bord werfen. Nur so kann der Erhalt der eigenen Werte und Traditionen gesichert werden. Sonst muss sich die ÖVP eines Tages den Vorwurf gefallen lassen, dass sie für den Tod des Nikolos verantwortlich ist“, erklärte FPÖ-Spitzenkandidat Udo Landbauer.

OBERÖSTERREICH 

FPÖ bringt Kinder auf Skipiste

Auch diese Saison profitieren Familien wieder von den Angeboten der Familienkarte, die das Skifahren erschwinglicher machen. In Hinterstoder finden am 20. und 21. Jänner die „Familien-Skitage“ statt, in der Karwoche folgt der „Oma-Opa-Enkel-Skitag“. Dazu gibt es kostenlose Langlauf-Schnupperkurse mit der Familienkarte. „So wird nicht nur die Gesundheit gefördert, sondern auch die Wirtschaft, für die der Skisport wichtig ist. Daher wollen wir unsere Kinder für den Wintersport begeistern“, erklärt FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner.

STEIERMARK 

Trotz anhaltender Rekordarbeitslosigkeit will die SPÖ den Arbeitsmarkt schon für Asylwerber öffnen.

SPÖ will Arbeitsmarkt mit Asylwerbern überfluten

FPÖ-Triller: „SPÖ hat Bezug zur heimischen Bevölkerung verloren!“

Rund 45.000 Steirer sind noch immer arbeitslos. Trotzdem will die SPÖ den Arbeitsmarkt mit den größtenteils bildungsfernen Asylwerbern fluten.

Nach dem ernüchternden Wahlergebnis der steirischen SPÖ ist man dort nun vollends in Panik verfallen, bemerkte FPÖ-Sozialsprecher Marco Triller zum Vorschlag von SPÖ-Doris Kampus, bereits Asylwerbern einen unbeschränkten Arbeitsmarkt-Zugang zu gewähren: „Würde diese Wunschvorstellung Realität, hätte dies dramatische Auswirkungen für

den Arbeitsmarkt. Insbesondere bei niedrig qualifizierten Berufsgruppen wäre ein starker Verdrängungswettbewerb und folglich eine noch höhere Arbeitslosigkeit die Folge!“

Irreale SPÖ-Forderung

Asylwerber, bei denen noch nicht einmal feststeht, ob überhaupt ein Asylgrund vorliegt, bereits auf den Arbeitsmarkt zuzulassen, wäre wirtschaftspolitisch grob fahrlässig, kritisierte Triller. Denn bei einem negativen Asylbescheid müssten sie das sie beschäftigende Unternehmen und Österreich ja sofort verlassen.

„Deutlich sinnvoller erscheint eine Senkung der Dauer von Asylverfahren sowie die Außerlandesbringung der abgelehnten Asylwerber, damit die Notwendigkeit einer Arbeitsbefugnis erst gar nicht entsteht“, betonte der FPÖ-Sozialsprecher. Außerdem bestehe derzeit ohnehin schon eine Schieflage, bei den Unterstützungsleistungen zwischen Steirern und Asylanten. So würden nämlich Personen bereits ab dem ersten Tag ihres positiven Asylbescheids die Mindestsicherung in der vollen Höhe von 863 Euro beanspruchen können, die keine Minute hier gearbeitet hätten.

Erhalt der Polizeischule

Der geplante Abzug der Polizeischule aus Großmain in die Stadt Salzburg sei als Angriff auf den ländlichen Raum zu verstehen und keineswegs mit der prolongierten ÖVP-Linie vereinbar, kritisierte FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek: „In Sonntagsreden spricht sich die ÖVP gern für die Stärkung der ländlichen Ortskerne aus. Wenn es jedoch um wichtige Institutionen geht, so sollen diese in die Stadt abwandern.“

Dabei biete Großmain gerade für junge Polizisten in Ausbildung

hervorragende Rahmenbedingungen. Die FPÖ-Obfrau kritisiert vor allem die Vorgehensweise der „alten ÖVP“, die nun wieder ein tief-schwarzes Manöver durchziehe: „Der Noch-Minister stellt eine Forderung, ein Landeshauptmann nicht willfährig ab, und der Bürgermeister erfährt alles aus den Medien.“

Daher fordert Salzburgs FPÖ-Chefin Gespräche mit der Gemeinde: „Dabei sollen die Ausbaupläne besprochen, weitere Argumente formuliert und eine starke Position für den Verbleib gefunden werden.“

SALZBURG 

FPÖ plädiert für Erhalt der Polizeischule in Großmain.



Mario Kunasek

FPÖ-Landesparteiobmann Steiermark

In der Steiermark regieren ÖVP und SPÖ noch miteinander. Die Leistungen dieser Koalition sind allerdings mehr als dürftig.

So haben die beiden ehemaligen Großparteien in den vergangenen zwei Jahren nahezu keine größeren Reformvorhaben umgesetzt. Lediglich eine völlig misslungene Neustrukturierung der Wohnbeihilfe und Kahl-schlagmaßnahmen im Gesundheitswesen können als bisherige Zwischenbilanz dieser selbster-nannten „Zukunftspartnerschaft“ angeführt werden.

Erfolglose Partnerschaft

Dem nicht genug, versuchen die Sozialdemokraten, allen voran Soziallandesrätin Doris Kampus, nun auch noch eine oppositionelle Haltung gegenüber der Bundespolitik einzunehmen. Ob sich die steirische Volkspartei die direkten und indirekten Angriffe auf ihre eigene Bundespartei noch lange gefallen lassen wird, ist bisher noch unklar.

Absehbar ist jedenfalls eine zunehmend schlechter werdende Stimmung zwischen den beiden Regierungsfraktionen.

Zudem steht eines zweifelsohne fest: Mit absurden Vorschlägen wie der Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber wird die Sozialdemokratie keinen einzigen Wähler für sich gewinnen können. Vielmehr werden sich viele Leistungsträger die Frage stellen, wofür die ehemalige „Arbeiter“partei eigentlich noch steht.

Die FPÖ Steiermark wird jedenfalls ihrer Linie als soziale Heimatpartei treu bleiben und nicht zulassen, dass die steirische Landesregierung eine unverantwortliche Klientelpolitik für Einwanderer aus aller Herren Länder betreibt.

GEZWITSCHER



NaNu

@NaNu_2000



#SPDPolitiker (Mannheims OB #Kurz) ruft um Hilfe. Die unbegleiteten jungen #Goldstücke machen #Mannheim jeden Tag ein Stück mehr zur 3. Welt.

01.12.17 06:10

Die Voraushut der islamischen Masseneinwanderung zeigt deutlich auf, was Europa noch bevorsteht, wenn dieser Zuzug anhält.

Thomas Mayer

@TomMayerEuropa



Türkis-Blau wird dem innenpolitischen Journalismus auf eine paradoxe Weise guttun, fördert die #Enthaberung von Politik und Medien.

04.12.17 00:12

Ein entlarvendes Eingeständnis: Nur folgt jetzt auch die Enthaberung mit SPÖ und Grünen?

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

21.06.2017

Hunderte IS Kämpfer halten sich als „Rückkehrer“ wieder in Österreich auf. Gegen diese Personen muss es künftig ein besonders hartes Vorgehen geben!



Oliver N. aus Wien: Terror-Beichte eines IS-Kämpfers
Er war einer der schlimmsten Jihadisten - jetzt liegt der Wiener Beichte ab

DEFA 47

1.463 Personen gefällt das.

Aber ein Vorgehen der Justiz und nicht der psychosozialen Dienste zur „Traumabekämpfung“.

Brüssel drängt auf freieren Zugang zu Online-Inhalten

EU-Bürger sollen Online-Inhalte in der ganzen EU ansehen können

Wer auf Online-Inhalte öffentliche TV-Sender im Ausland zugreifen will, erlebt eine böse Überraschung: Es ist einfach nicht möglich.

Verbraucher sollen nach dem Willen der Europäischen Kommission im Internet Zugang zu mehr Fernseh- und Radiosendungen aus anderen EU-Ländern bekommen. Kommissionsvizepräsident Andrus Ansip forderte das Europaparlament auf, eine Einschränkung des sogenannten Geoblocking – mitzutragen.

Zugang auch außerhalb der EU

Bisher ist der Zugang zu grenzüberschreitenden Online-Inhalten oder Abspieldiensten erbärmlich, kritisiert Ansip: „Das entspricht



nicht den Bedürfnissen und Wünschen der Leute.“

Bei einigen öffentlichen Sendern sei nur ein Prozent der Inhalte jenseits von EU-Grenzen verfügbar. Günstig wäre dagegen ein Anteil von 15 bis 20 Prozent.

Entscheidend sei das sogenannte Herkunftslandprinzip, meinte Ansip. Das bedeutet, dass Sender die

Rechte nur im Land ihres Sitzes klären müssen und nicht auch noch in den übrigen 27 EU-Ländern. Dieses Prinzip solle man „in einem vernünftigen Maß“ anwenden.

Die EU-Kommission hat ihre Vorschläge bereits vorgelegt. Nächste Woche soll das Parlament über ein Mandat für Verhandlungen mit der Behörde abstimmen.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Text



Grenzüberschreitende Verkehrspolitik unter Tag

Die Tiroler Freiheitlichen besichtigten gemeinsam mit der Südtiroler Schwesterpartei und einer AfD-Delegation aus Bayern den Brennerbasis-Tunnel und besprachen dabei die grenzüberschreitende Verkehrsproblematik.

Gerade dem BBT wird zur Lösung der Transitproblematik eine außerordentlich große Bedeutung

zugemessen, weil die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene einen weiteren Verkehrskollaps verhindern könne. Dafür müssten aber auch die Hausaufgaben wie entsprechende Zulaufstrecken und einer Attraktivität der „Rollenden Landstraße“ inklusive der dazugehörigen Verladeterminale gemacht werden, damit das funktioniert.



Die Nord- und Südtiroler Freiheitlichen inspizierten mit der bayerischen AfD das Südportal des Brennerbasis-Tunnels.



Traiskirchens FPÖ-Obmann Anton Lojowski (3.v.r.) gratuliert dem neuen FJ-Chef Mario Heil (4.v.r.) und seinem Team.

Voller Einsatz der Jugend für die FPÖ Traiskirchen

„Wir wollen die Partei mit unserem jugendlichen Esprit unterstützen“, gab Mario Heil, der im Rahmen eines Stadtjugendtages der FPÖ Traiskirchen zum Obmann der freiheitlichen Jugend gewählt wurde, das Ziel vor.

„Meine neue Mannschaft und ich freuen uns auf eine tolle freiheitliche Zukunft“, betonte Heil, der die frü-

here Obfrau Nicole Steiner beerbt. Neben Heil ist auch Bernhard Benes Teil des neuen Vorstandes, zusammen mit Schriftführer Dominik Thiel, Kassier André Junghofer und dessen Stellvertreter Thomas Heinisch. Die nächste Aktion ist bereits geplant: der FJ-Tag am 15. Dezember 2017 beim Punschstand der FPÖ im „Arkadia“.

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++

Alphabetisches EU-Lexikon

... von A wie „Agenturen“ bis Z wie „Zuwanderungsbilanz“

Diese Broschüre versucht die Europäische Union, ihre Institutionen sowie europäische und damit verknüpfte österreichische Sachverhalte und Politiken kurz und bündig - lexikonartig - zu beschreiben, verständlich zu machen.

Selbstverständlich erhebt diese Broschüre keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Einige Darstellungen sind bewusst pointiert verfasst und werden bei manchem selbstredend auf Protest stoßen. Ziel ist es aber nicht, eine weitere „EU-Jubel-Schrift“ vorzulegen, sondern eine Darstellung, die den Leser zum Nachdenken anregen soll.

Es ist dem Leser selbst überlassen, zu beurteilen, ob wirklich alle Institutionen der Europäischen Union in dieser Dimension für Frieden, Freiheit und Demokratie notwendig sind oder nicht doch eher kontraproduktiv.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.





HC STRACHE

UDO LANDBAUER

EINLADUNG ZUM TRADITIONELLEN

Neujahrstreffen

MIT HC STRACHE, DEN SPITZEN DER
BUNDESPARTEI SOWIE DER LANDESPARTEIEN UND
DEM NÖ-SPITZENKANDIDATEN UDO LANDBAUER

Samstag, 13. Jänner 2018

Pyramide Vösendorf > Parkallee 2 > 2334 Vösendorf

9.00 Uhr: Musik mit der John Otti Band

10.30 Uhr: Begrüßung LPO Dr. Walter Rosenkranz

10.40 Uhr: Rede Udo Landbauer, MA (Landesspitzenkandidat)

11.00 Uhr: Rede **HC Strache**

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!